

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

198 (19.7.1919) Erstes Blatt

Bezugspreis: In Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 1,50 M., vierteljährlich 5,70 M., an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 1,80 M. Auswärts durch die Post frei ins Haus gebracht vierteljährlich 5,80 M., Einzelnummer 10 Pf.

Verlag: Schriftleitung und Geschäftsstelle Rittersstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Abgabe: 25 Pf. (Postamt) an die Stelle 1.20 M. Auf die Briefe 30% Zenerungsanlass. Abgabe nach Tarif. Anzeigen: Annahme bis 12 Uhr mittags, kleinere Anzeigen bis 4 Uhr nachmittags. Fernsprechnummern: Geschäftsstelle Nr. 203, Verlag Nr. 207, Schriftleitung Nr. 20 u. 894.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Gesamtdirektor: Oskar Reppert; verantwortlich für Politik: Martin Solinger; für Baden, Soziales und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Genossen: Carl Seiffert; für Inserate: Paul Kaufmann. Druck und Verlag: C. A. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Fregestraße 65/66. Fernw.-Amt Umland 2002. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfaden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erlosch, wenn Porto beifügt ist.

116. Jahrg. Nr. 198.

Samstag, den 19. Juli 1919

Erstes Blatt.

Parteilampf in der Schulfrage.

V. Von unserem Weimarer Vertreter wird uns gebracht:

Die zweite Beratung des Verfassungsentwurfes gelangte am Freitag zum 4. Abschnitt der Grundrechte, der in den Artikeln 139 bis 147 von Bildung und Schule handelt. Es ist bekannt, daß es hierbei zu wiederholten tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Zentrum und Sozialdemokraten gekommen ist und daß es wiederholt den Anschein hatte, als ob ihre Koalition darüber in die Brüche gehen sollte. Den Kompromißfunktoren des Zentrums ist es aber schließlich gelungen, durch einen neuen Schulkompromiß, der scheinbar auch der sozialdemokratischen Weltanschauung Rechnung trägt, den Bruch zu verhindern. Neben der Bekennerschule, der Simultanschule, kam auch die weltliche Schule, die völlig bekenntnisfrei, als gleichberechtigte Schule in die Verfassung. Aber im Zentrum sitzen kluge und erfahrene Leute, die genau wissen, was es für ihre Weltanschauung zu bedeuten hat, daß die konfessionelle Schule und der religiöse Unterricht ebenfalls in der Verfassung verankert sind. Und wenn sie es noch nicht gewußt haben sollten, was allerdings nicht anzunehmen ist, so werden sie es in den ausgedehnten Reden der Demokraten Seiffert und Luppe erfahren haben. Der Unabhängige Kerner, der übrigens sehr sachlich und ruhig sprach, sagte den Sozialdemokraten ins Gesicht, das Zentrum habe einen großen Schritt vorwärts gemacht, die Sozialdemokratie aber ginge immer weiter zurück. Auch die Deutsche Volkspartei bekämpfte den Kompromiß sehr lebhaft und befürchtete davon immer wieder neue Kämpfe gegen und für die konfessionelle Schule. Der Deutsch-Nationalen Volkspartei die in den Fragen der konfessionellen Schule auf dem Boden des Zentrums steht, behauptet der Kompromiß ebenfalls. Die Reichsregierung dagegen gab durch den Mund des Reichsministers des Innern, Dr. David und des Unterrichtssekretärs Schulz, der zugleich als Redner der Mehrheitssozialisten auftrat, dem Schulkompromiß den Segen mit auf den Weg. Auch hierbei trat deutlich zutage, daß ausschließlich politische Gesichtspunkte für die Lösung der Schulfrage maßgebend gewesen sind.

Der Stimmungsbericht.

(Eigener Drahtbericht.)

W. Weimar, 18. Juli.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9.40 Uhr und teilt mit, daß heute auch ein Telegramm des argentinischen Senats eingegangen ist, in dem er die höchste Verehrung für die Beendigung des Krieges zum Ausdruck bringt und die Hoffnung ausspricht, daß dies der Beginn des Bestehens eines glänzenden Weltfriedens sein möge. Der Präsident bittet um die Entlassung der argentinischen Deputiertenkammer, wie dem Senate darstellend zu erwidern.

Interfragen.

Abg. Lauerer (D.N.) fragt, was die Regierung zu tun gedenke gegen die Verleumdung, die die Sozialistische Partei zu ersehen.

Abg. Dr. Frhr. v. Besser erwidert, daß Bismarck nicht auf Verleumdungen Dritter, sondern nur nach Aufgabe der geltenden gesetzlichen Bestimmungen zurück zu greifen.

Abg. v. Graefe (D.N.) fragt, was die Reichsregierung gegen einen Entschluß des medienberühmten Reichstages des Innern, wonach frühere aktive Offiziere nicht als Hilfsarbeiter bei den Kreisbehörden anzuwerben sind, zu tun gedenke.

Abg. Dr. Frhr. v. Besser erwidert, daß die Reichsregierung Veranlassung nehmen werde, die Angelegenheit nachzuverfolgen.

Abg. v. Graefe (D.N.) fragt ergänzend, was gegen den medienberühmten Entschluß der Reichsregierung getan werden würde, der nach seiner Erklärung nur Beamte von außerordentlichem sozialdemokratischem Gesinnung ausstellen will.

Abg. Dr. Frhr. v. Besser: Das ist eine vollkommen neue Frage, auf die die Reichsregierung nicht antworten kann.

Abg. Kamppe (D.N.) fragt, was die Reichsregierung zu tun gedenke, um die in der Nacht zum 10. Juli in Berlin an, wo französische Soldaten die Menge durch verächtliche Gesten und Verhöhnung gereizt haben und schließlich in Schußhaft genommen werden mußten.

Abg. Dr. Mittelmann (D.N.) fragt wegen der Vorgänge in der Nacht zum 10. Juli in Berlin an, wo französische Soldaten die Menge durch verächtliche Gesten und Verhöhnung gereizt haben und schließlich in Schußhaft genommen werden mußten.

Abg. Dr. Frhr. v. Besser: Die von der preussischen Regierung eingeleiteten Erhebungen sind noch nicht abgeschlossen. Bei den Interpellationen Seiffert (D.N.) und Arnstadt (D.N.) wegen der Landarbeitertreue erregt der Vertreter des Reichsarbeitsministers, Dr. Lehn, den lärmenden Unwillen der Versammlung durch seine kalte Haltung, in der er die Zustände zu erklären sich weigert.

Die Interpellation wird demnächst beantwortet werden.

Das Haus legt die Beratung des Verfassungsentwurfes bei dem Abschnitt

Bildung und Schulen

fact, zu dem das bereits veröffentlichte Schulkompromiß als Antagonismus, Gröber und Gen. vorkommt. Abg. Weiß (Dem.) als Berichterstatter: Dieser Teil des Verfassungsentwurfes leitet die Entwicklung des Bildungswesens, den organischen Ausbau der Schule und die Regelung ihres Verhältnisses zwischen Kirche und Staat ein. Die Antinomie der Kirche an dem Religionsunterricht ist gelöst, ebenso aber auch die Selbstständigkeit der Schule und die des Staates. Der Einheitschule wird damit vorgeschrieben. Reichsminister des Innern, Dr. David: Mit der Vereinbarung, die in dem Kompromiß zwischen zwei Grundentscheidungen getroffen ist, wird sich auch die

Streikende Landarbeiter.

V. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gebracht:

Kaum ist die Gefahr eines allgemeinen deutschen Eisenbahnstreiks behoben, und kaum ist der viel wirtschaftliche Hemmnisse mit sich bringende Großberliner Verkehrsstauung beendet, da züngeln die Flammen auf einem ganz anderen ebenso wichtigen Gebiete des nationalen Lebens auf: Ein Landarbeiterstreik in Norddeutschland, besonders in Pommern, bedroht die Ernte, und die Maßnahmen, die von den Provinzialbehörden dagegen ergriffen wurden, führten zu einem Sympathiestreik anderer Arbeitsschichten, darunter wiederum der Eisenbahner in Pommern, worauf herbeizuführen die Arbeiter in den Städten mit dem Streikstreik antwortete oder zu antworten sich bereit macht. Das sind verhängnisvolle Zustände, die, wenn sie nur kurze Zeit so weiter dauern, das ganze Volk rettungslos an den Rand des Abgrundes bringen müßten.

Die preussische Regierung, in erster Linie das zuständige preussische Landwirtschaftsministerium, ist von Anfang an bemüht gewesen, eine Schlichtung der Gegensätze zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber herbeizuführen. Wie schwer ihr das gemacht worden ist, hat der Minister Braun gestern in der Preussischen Landesversammlung mit rücksichtsloser Offenheit dargestellt, und die Entgegnungen, die von konservativen Vätern kamen, können viele erste Anzeichen des Ministers gegen die Unbelehrbarkeit der pommerschen Junken nur unterfassen, denn ohne in vorurteillose Einseitigkeit zu verfallen, darf man doch wohl betonen, daß die Kreise Vorpommerns, des eigentlichen Herdes der Volksbewegung, von jeder eine Hauptdomäne des jüngerlichen Großgrundbesitzes gewesen sind. Auch Hinterpommern und Dönhofsland standen an Feindbühnen nicht zurück.

Die Einzelheiten, die Minister Braun über die Art der dortigen Unruhen, von ihrem Heranhandpunkt alle Verhandlungen illusorisch zu machen und über die Verhandlungen des zur Vermittlung abgeordneten Regierungskommissars machte, passen auch gut in das bekannte Bild.

Auf der anderen Seite aber ist der Landarbeitertreue zweifellos von spartakistischen und kommunistischen Agitatoren geschürt worden, denen die Vorbedingungen dafür durch die vierjährige Kriegsabwesenheit der früher keineswegs leicht beeinflussbaren Arbeiter geschaffen worden sind.

Dies zeigen sich also von neuem die verhängnisvollen Folgen der großen Nachgiebigkeit der Regierung gegen die Des- und Organisationsfähigkeit der Unabhängigen und ihres kommunikativen Flügel. Schließlich stehen doch bei einem Erntestreik so gewaltige Volksinteressen auf dem Spiel, daß mit dem theoretischen Recht von Gleichheitsbegriffen, die Landarbeiter nicht benehmen wollen, schlechterdings nicht auszukommen ist.

Wir haben noch immer viel Vertrauen in den gesunden Sinn unserer Bevölkerung gesetzt, daß wir an einen schnellen Erfolg der neuen Verhandlungssaktion glauben. Ob die Verhängung des Belagerungszustandes dabei falsch war, ist nach allen bösen Erfahrungen der letzten Monate sehr schwer zu sagen. Die Regierung, die in einer scharfen Kontrolle des innerlichen Heranhandpunktes durchaus im Rechte ist, würde aber heute immer mehr erkennen müssen, daß eine schematische Durchführung jenes gleichen Rechtes für alle unumgänglich ist, wenn alle aus der sozialistischen Weltanschauung zunächst nur das Recht zur rücksichtslosen egoistischen Lohnforderung herauslösen.

Viele sozialistische Mitglieder der Regierung haben das auch bereits eingesehen, man denke nur an die Forderung Wellers. Aber die 40-jährige Agitationsvergessenheit lastet auch auf der Mehrheitssozialdemokratie zu schwer, als daß sie mit der nötigen Entschiedenheit der Parteiautorität erklären könnte: Unter den heutigen Verhältnissen wird das theoretische Streikrecht zum praktischen Verbrechen an der Allgemeinheit. Es genügt nicht, wenn einzelne mutige Männer oder Blätter das tun. Die Partei als solche muß sich dazu aufraffen und nicht davon zurückschrecken, daß der Trennungskrieg nach links dann viel schärfer gezogen werden wird.

Regierung einverstanden erklären. Da keine Ansetzung zum Ausschuss eine Mehrheit fand, mußte eine Vereinbarung getroffen werden. Der organische systematische Aufbau des ganzen Schulwesens ist eine der ersten Grundbedingungen der Volkserziehung. Doch bedeutet es, daß Kinder unbemittelter Eltern Erziehungshilfen erhalten sollen. Das bedeutet eine soziale Gerechtigkeit gegenüber den Einzelnen wie gegen den Staat. Dem Staat ist nichts so wichtig, als wenn er seine Kinder wegen Mangel an Ausbildung nicht brennend verwenden kann. Wir schaffen die Voraussetzung eines religiösen und sozialen Friedens, der ein hartes Gemeinschaftsgefühl im deutschen Volke schafft wird.

Abg. Schulz (Christliche D.N.): Wir haben keine Veranlassung, uns über das jetzige Schulkompromiß besonders zu freuen. Vom pädagogischen Standpunkt aus wünschen wir nicht, daß die Schule in die politischen Streitfragen hineingezogen wird.

Die Frage der Gebietsänderung im Reich.

(Eigener Drahtbericht.)

W. Weimar, 18. Juli. Die Aenderung des Gebietes von Ländern und die Neubildung von Ländern innerhalb des Reichs durch Vereinigung oder Trennung von Gebieten steht die Zustimmung der daran unmittelbar beteiligten Länder voraus und bedarf der Zustimmung durch Reichsrat. Stimmen die beteiligten Länder nicht zu, so kann eine solche Neubildung durch Reichsrat erfolgen, wenn sie durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird und ein überwiegend allgemeines Interesse ist erweist.

Der Wille der Bevölkerung ist durch Abstimmung der wahlberechtigten Einwohner festzustellen. Die Reichsregierung ordnet die Abstimmung an, wenn ein Drittel der Wahlberechtigten es verlangt. In allen Fällen, auch wenn es sich um Abtrennung eines Teiles eines Bezirks handelt, ist der Wille der Bevölkerung des ganzen Bezirks festzustellen.

Zum Abschluß der Gebietsänderung sind drei Viertel der Stimmen der zur Wahl zum Reichstag berechtigten einzuzeichnen. Wähler des abzutrennenden Bezirks notwendig. Nach Feststellung der Zustimmung der Bevölkerung hat die Reichsregierung die Abtrennung durch Reichsrat anzuordnen. Einseitig bei der Vereinigung oder Abtrennung Streit über die Vermögens- und schuldrechtliche Angelegenheiten, so entscheidet darüber auf Antrag einer Partei der Staatsratspräsident. Die Bestimmungen des Artikels 18 Abs. 2-6 treten erst zwei Jahre nach Verkündung der Reichsverfassung in Kraft.

Dr. Lipp.

(Drahtmeldung unseres Münchener Korrespondenten.)

München, 18. Juli. Im Hochverratsprozeß gegen den Bremer Meister und weiland Verkehrsminister der Münchener Republik, Gustav Kaufmann, der mit Beurteilung zu 24jähriger Festhaftung erbeut, hat der Angeklagte als Beweis für die Unschuld im Neutralrat, die ihn zum Richter verurteilt hatten, folgenden Brief des Reichsministers für Auswärtige Angelegenheiten des einst auch in Karlsruhe saßen Dr. Lipp vorgelesen. Das Dokument führt die Geistesverfassung nicht allein des nun in einer Keilanzahl untergezeichneten Schreibens, sondern seiner ganzen Memorandumfassung an und lautet: „Mein lieber Antbruder! Ich habe an Württemberg und die Schweiz den Krieg erklärt, weil diese Länder nicht die 66 Kolonisten mir sofort weisweise überlassen haben. Ich bin sicher, daß wir siegen. Außerdem werde ich den Segen des Papstes, mit dem ich auf bekannt bin, für diesen Sieg erleben.“

Der Basler Parteitag und die dritte Internationale.

(Eigener Drahtbericht.)

Genève, 18. Juli. Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei in der Schweiz beschloß, dem ordentlichen Parteitag in Basel den sofortigen Eintritt in die dritte Internationale zu empfehlen. Ein Minderheit trat für den Antrag ein, dem Parteitag diesen Beitrag nicht zu empfehlen. Ferner wurde ein Zusatzantrag Reinhard angenommen, wonach der Parteivorstand den Parteitag beauftragt, die Geschlossenheit aufzuheben, mit der reaktionären Proletariatsparteien in Verbindung zu treten und eine Einheit des internationalen Proletariats im Sinne und Geiste und auf dem Boden der dritten Internationale herbeizuführen.

Aenderung im britischen Kabinett.

(Eigener Drahtbericht.)

Rotterdam, 18. Juli. Dem Neuen Rotterdamschen Courant zufolge hat Vonnar Law dem Unterhaufe mitgeteilt, daß beabsichtigt wird, die Zusammensetzung des Kabinetts zu ändern. Ein bestimmtes Datum könne er dafür noch nicht angeben.

Von der britischen Finanzlage.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 18. Juli. (Reuters.) Am Unterhaufe teilte Chamberlain mit, daß die sämtlichen Einzahlungen aus dem Suezkanal 718 Millionen Pfund betragen, davon 539 Millionen neues Geld. Man könne dies, wenn man die enormen Umstände in Betracht ziehe, als ein durchaus befriedigendes Ergebnis bezeichnen. Die finanzielle Lage sei immer viel schmerzlicher auf, und es sei sowohl in der nationalen Finanzierung als auch in privaten Ansätzen große Umsicht nötig.

Die spanische Kabinettsliste.

(Eigener Drahtbericht.)

Madrid, 18. Juli. (Hoff.) Der König ist von Santander kommend, hier eintrafen und hat Maura empfangen. Dato hat die Kabinettsbildung aus Gründen der großen Mühe, die diese für ihn bringe, aufgegeben und dem König andere Vorschläge vorgelegt, die seinen Wünschen entsprechen können.

Abg. Gröber (Str.): Wir haben uns im Ausschuss einmütig für die soziale Einheitschule ausgesprochen. Bezüglich des Religionsunterrichtes ist es schon im Ausschuss gelungen, eine Lösung zu finden. Die übrigen Punkte dagegen sind erst durch den Kompromiß einer Lösung entgegengeführt worden, der wir ausnahmslos in der Lage sind, es uns gelingen, die Schule auf die Höhe zu bringen, die die Grundlage für die Weiterentwicklung des deutschen Volkes sein muß. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Seiffert (Dem.): Unsere Jugendziehung muß die Stärkung der sozialen und der politischen Gesinnung bezwecken. Die Stenographie, die unzureichend und unvollständig gewesen ist, muß fallen und auch für die armen Kinder muß die Bahn frei werden. Wir treten dafür ein, den Volksschullehrern den Weg zur höheren Bildung frei zu machen. (Beifall links.) Der Schulkompromiß hat zu unseren größten Bedauern die Einrichtung der konfessionellen Gemeinschaftsschulen verhindert. Wir lehnen die Verantwortung für das Ergebnis ab und betonen gleichzeitig, daß unsere Ansicht die als schmerzhaft ist uns empfinden würde. (Beifall bei den Sozialdemokraten: „Nicht unsere Schuld“)

Abg. D. Traub (D.N.): Wir sind der alten Schule dankbar für den Geist, in dem sie uns erzogen hat. Belasten wir die Schule nicht mit den vielen Aufgaben. Der Kompromiß ist unvollständig. Wir halten die ursprüngliche Vorlage für besser. Den Kompromiß halten wir für eine Verleumdung. Er bedeutet die Vertrennung des einheitlichen nationalen Schulwesens.

Abg. Arn (Str.): Die Verfassung sieht die einheitliche Schulpflicht vor. In dieser Hinsicht werden Entscheidungen beim Übergangsvorgang zu treffen sein. Auch die Ausdehnung des Fortbildungsschulunterrichtes bis zum 18. Lebensjahre ist nicht notwendig.

Unterrichtssekretär Schulz: Die Fortbildungspflicht muß, wenn notwendig auch in aller Schonung, durchgeführt werden. Zweifel über den Begriff der Erziehungsberechtigung dürfen nicht bestehen. Die Frage wird geklärt werden. Eine staatliche Einheitschule werden wir nicht haben, solange der Charakter des Schulwesens nicht einheitlich ist. Es ist keine staatliche Gemeinschaft, wenn keine geistige Gemeinschaft besteht. Was wir erstreben, ist eine Verbindung zwischen Schule und Elternhaus, um damit auch den Kampf zwischen Eltern und Schulhaus aus der Welt zu schaffen.

Am 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf 1/4 Uhr verlegt.

Vizepräsident Kaufmann eröffnet die Sitzung um 4.10 Uhr.

Abg. Weiermann (D. N.): Wenn es gelänge, die Einheitlichkeit der Schule und die Einheitlichkeit des Religionsunterrichtes herbeizuführen und gleichzeitig dem Religionsunterricht den ihm gebührenden Platz in der Schule zu gewährleisten, so wäre alles gegeben, was billigerweise von den Schulärzten gefordert werden kann. Die Ausdehnung der Schulzeit ist ein Übergangsmittel mit Dingen, die nicht in die Verfassung gehören. Wenn gemäß dem Entwurf Unterricht in Staatsbürgerkunde verlangt wird, so muß und kann das Friedensbündnis dazu dienen, Frieden vor Ungerechtigkeit einzuführen. Der Unterricht muß auch nicht notwendig die Volkserziehung herbeiführen. Schaffe er erst einmal die Volkserziehung im sozialen Geist. Voraussetzung für unsere Weiterentwicklung ist, daß wir Persönlichkeiten erziehen. Wir treten dafür ein, daß die Bekennnisse und Simultanschulen, wo sie geschichtlich begründet sind, erhalten bleiben. Im übrigen wünschen wir aber, daß alle Parteien auf einem gemeinsamen Boden an dem Schulaufbau arbeiten. Er ist gegeben in der Erziehung zum Deutlichkeit und sozialen Sinne. Dann müßte allerdings die Parteipolitik aus der Schule fern gehalten werden. Für die Schule der Zukunft muß die sorgfältige Auswahl der Lehrkräfte maßgebend sein. Wir dürfen den Kindern nur das Beste bieten. Sozial- und deutschbildende Lehrer werden die rechten Führer für die neue Zukunft Deutschlands sein. (Beifall, Beifall rechts.)

Abg. Kuhnert (U. S.): Wir verlangen volle Einheitlichkeit und Unparteilichkeit der Schule. Was uns die Vorlage auf dem Wege zu diesem Ziele bringt, ist nichts weiter als ein Wachsen, eine glänzende Entwicklung. Die Sozialdemokratie ist treu für die Einheitlichkeit der Schule eingetreten. Heute ist die Mehrheit sozialdemokratisch im Bewußtsein dieses Prinzip zu gewährleisten und die Schule an das Zentrum zu verankern. Die Auffassung, daß die Einheitlichkeit nur durch Religion denkbar sei, ist ein unzulässig rücksichtsvoller Zustand. Die natürliche Moral ist ganz autonom. In diesem Sinne verlangen wir die religiöse Schule. Freilich, wir wissen, daß dieses Ziel erst erreicht werden kann, wenn das Proletariat seine Widerstände zu Boden geworfen hat.

Abg. Dr. Philipp (D. N. G.): Das Schulkompromiß wird nicht das Ende des Schulkampfes, sondern der Anfang eines neuen Schulkampfes sein, der in die Schule hineingetragen wird. Wir stellen uns auf den Boden der Bekennnisse des Verfassungsausschusses. Es ist jetzt wahrlich nicht angebracht, den Geist der Volkervereinigung in der Schule in der Verfassung festzuhalten. Das die Gebilde Andersdenkender in der Schule gesondert werden sollen, darauf legen wir Wert.

Abg. Dr. Luppe (Dem.): Der Kompromiß ist juristisch unklar. Der Schulkampf wird weiter gehen. Ein besonderes Gesetz soll die Dinge weiterregeln. Dieses Gesetz wird nicht so bald kommen, und ich glaube, die Sozialdemokraten werden froh sein, wenn es nicht so bald kommt. Es ist ein Grundfehler des Kompromisses, daß er nicht die konfessionelle Verankerung herbeiführt, sondern vom ersten Tag an die Konfessionen überläßt.

Abg. Franz Mos (D.N.): Die weltliche Schule, um die wir seit Jahrzehnten kämpfen, ist infolge des Schulkompromisses möglich geworden. Wir freuen und hoffen, daß der Beschluß der Volkervereinigung in der Verfassung haben, damit wir nicht noch einmal einen so furchtbaren Krieg erleben.

Abg. Meineländer (Str.): Die neue Schule wird Freude an der Arbeit werden. Die Kirche erhält wieder den Einfluß, der ihr von Rechts wegen gehört. Am und eifrig geworden, kann Deutschland seiner Jugend als beste Anstalt für eine reiche feste Bildung geben und den Gedanken: Wir wollen durch unsere Leistungen und Tüchtigkeit den Ehrenplatz unter den Völkern wieder erlangen.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Aus dem Wirtschaftsleben.

Keine Höchstpreise für Frühobst.

Die Reichsstelle der Reichsstelle für Gemüse und Obst schreibt:

Aus Witterungsbedingungen scheint hervorzugehen, daß in Einzelfällen drückend überhöhter Höchstpreise für Frühobst zu erwarten ist...

Hebung der Schafzucht.

Die Badische Landwirtschaftskammer hat in ihr Arbeitsgebiet die Förderung der Schafzucht aufgenommen und einen Grundplan aufgestellt...

Ferner hat die Landwirtschaftskammer am 1. Juni in Karlsruhe eine Versammlung abgehalten, um die für Baden notwendigen Schritte in der zweckmäßigen Form herauszufinden...

werden. Auch sollen gelegentlich hochwertige Zuchtstiere auf größere Ausstellungen geschickt werden...

Sport.

Karlsruher Regatta.

Aller Voraussicht nach befristet die Regatta am Sonntag eine ganz hervorragende Sportveranstaltung zu werden...

Militär-Fußball. Am Samstag, 19. Juli, abends 6 Uhr, findet auf dem K.A.V.-Platz bei der Telear-Kaserne ein Fußballspiel der Fußballmannschaft des Bad. Reichswehr-Grenadier-Bataillons 2 Weidelsberg...

Interessant zu werden. Die Kabelle des Leib-Grenadier-Regiments 109 spielt während des Zrefens.

Rad-Wettfahren. Der Gau V Mannheim des Deutschen Radfahrer-Bundes schreibt auf Sonntag, den 19. August...

Gerichtssaal.

e. Karlsruhe, 16. Juli. In der heutigen Sitzung der ersten Strafkammer II wurden verurteilt: wegen Diebstahls von Eisenbahntransport...

Vom Wetter.

Berichte des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrographie.

Leber dem westlichen Festland hat der Luftdruck ziemlich abgenommen; der Kern des hohen Druckes scheint über dem Alpengebiet und Süddeutschland zu liegen...

Wettervorhersage bis Samstag, den 19. Juli, abends: Winde wechselnder Richtung, vorübergehend noch ziemlich heiter, frischweiche Wärmegefühle.

Table with weather data: Ort-Setz, Barom., Therm., Wind, etc.

Table with weather data: Rhein-Wasserstände, morgens 6 Uhr, 18. Juli, 17. Juli.

Ratten, Mäuse, Käfer, Wanzen etc. beseitigen wir mittelst unseren unibertroffenen Vertilgungsmitteln.

D.V.G.U. Anton Springer Karlsruhe Ettlingerstr. 51 Tel. 2340.

Spiegelblank Roberin. Werben Linoleum, Parkett bei fortlaufendem Gebrauch von Parkettbodenwische.

Spezialgeschäft für mod. Haararbeiten. Frz. E. Weih. empfiehlt sich in Damenfrisieren, Haarwaschen, etc.

M. Eden, Herrenstr. 22 III. empfiehlt sich in Massage (Meth. Zabludowski) Nachfolgerin von Fr. Böll.

Todes-Anzeige. Nach Gottes unerforschlichem Rathschluß wurde mein teurer, unvergesslicher Gatte, unser treuer Bruder, Onkel und Schwager Herr Karl Köhler...

Herr Karl Köhler Kaiserlicher Gütervorsteher a. D. nach kurzem, schwerem Leiden am 14. d. M. uns durch den Tod entrissen.

Statt jeder besonderen Anzeige. Hierdurch machen wir die schmerzliche Nachricht, daß unsere herzengute, stets liebevolle Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Tante Frau Christiana Müller geb. Sieb...

Abendandachten. Kleine Kirche, Donnerstag, 8. Juli, abends 8 Uhr.

Konfirmationsfeier der Lutherischen. Sonntag, abds. 8 Uhr. Konfirmationsfeier (Königstr. 10).

Katholische Stadtgemeinde. St. Stephanuskirche. 6. Frühm. 6 Uhr. Messe mit Generalkommun. 7. hl. Messe in der St. Marienkirche.

Unterricht. Wer erhebt sich in engerer Bekanntschaft mit dem Fachunterricht...

Frische Seefische. Rheinsalm in Ausschnitt Lachsforellen. Fischkonserven, Rieseneringe.

An einem Stück mit einem Griff ist fix und fertig zum Selbstfrisieren der neuen Doppelknoten, äußerst kleidsamer und vornehmster Haarersatz...

Damen-Frisier-Salon Frida Schmidt. 19 Herrenstraße 19. Ecke Kaiserstraße, in der Nähe der Uhr.

Futterstoffe. Sämtliche Futterstoffe und Häufigkeiten für die Herren- und Damenmode...

Weißer Stoff-Schuh. Größe 35-40, hält vorräthig die Schuhfabrik E. Werle, Rheinstr. 58.

Prima Bodenwische. mild riechend, in Bundbollen, einzeln und dosenweise abzugeben...

Emaille-Geschirre. werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) Geschirre-Reparatur-Anstalt Körnerstraße 38...

Rüchen-Einrichtungen. schöne solide Schreinerarbeit liefert billig aus Haus. Schaeffer, Durlach, Hauptstraße 81.

Ludw. Homburger. Zirkel 20 KARLSRUHE Tel. 1836 empfiehlt sich zur Hypothekvermittlung und An- und Verkauf von Häusern.

Fabrik Königsbach täglich Verarbeitung von Keps. Rohstoffe sind erforderlich.

Stärke. -Wäsche besorgt bei 8tägiger Lieferzeit Dampfwaschanstalt Schorpp

Hans Kissel. Kaiserstraße 150.

Dienstmannen 3480. besorgt alles Fed. Kübel, Kaiserstr. 83, 1. Stof.

Heirats-Anstalt. über Vorleben, Vermögen u. sonstige Ermittlungen besorgt allerorts Anstalt Solfer, Offenburg, Baden.

Vierordtbad. Verschied. Kurbäder. Halb-, Sitz-, Fuß- und Wechselbäder, Tuschen, Wicel (Packg.) und Massagen.

In allen Kreisen. Deutsche Heiratszeitung. 1/2 Jährl. 4.25, eins. 1.15, dinst. Auf Wunsch Anstalt bes. Vorleseg. 20 St. i. Wirt. Postamt, St. 16, Postfach 60.

Israel. Religions-gesellschaft. Samstag, den 19. Juli: Morgens 7.30 U., Nachmittags 2.45 U., Sabbatgottesd. 8.10 U.

St. Marienkirche. 6. Frühm. 6 Uhr. Messe mit Generalkommun. 7. hl. Messe in der St. Marienkirche. 8. Frühm. 6 Uhr. Messe mit Generalkommun.